



öffentlich

Betreff:

Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum: 21.06.2021

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
25.08.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Potentiale durch Aufstockungen zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in Potsdam möglich sind. Neben der Angabe der möglichen Wohnungen wäre auch ein Ausweis der potentiell möglichen qm-Zahl wünschenswert. Dies soll als Ergänzung zur Vorlage 21/SVV/0569 – Wohnungsbaupotenziale der LHP – erfolgen und in einer dann erneuten Vorlage ergänzt der SVV vorgestellt werden.

Das Ergebnis des Prüfauftrags ist der Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q4 2021 vorzustellen.

gez. B. Teuteberg/ S. Becker
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der erwähnten Mitteilungsvorlage wurden lediglich Potentiale für Neubauten betrachtet. Wohnraum ist auch in Potsdam weiterhin knapp. Erwartet wird eine weitere Verschärfung der Situation in den nächsten Jahren, vor allem im Preissegment 10 Euro / 11 Euro pro q.m.. Baugrundstücke zur Deckung des Bedarfs sind kaum noch vorhanden. Aufstockung (z.B. von 2 Etagen) hat sich in anderen Städten als adäquates Mittel erwiesen. Dazu kommen veränderte Ansprüche im Zusammenleben, wie z.B. Wohngemeinschaften oder Generationen-Wohnen auf Grund des demografischen Wandels, welche bei Aufstockungen berücksichtigt werden könnten. Ebenso kann der stetig steigende Bedarf an barrierefreien Zugängen auch für Bestandsmieter verbessert werden. Mieterwünsche von z.B. Stadtteil- und/oder Senioren-Cafes könnten bei Bedarf ebenso untergebracht werden, wie Kitas oder andere soziale Einrichtungen. Erste konkrete Projektentwürfe liegen z.B. der WG Karl Marx vor (Gaußstraße).